

Nordumgehung: bisher nur eine Hilfslinie

SPD diskutiert mit Verkehrsminister Olaf Lies über die umstrittene Umgehungsstraße in Himmelsthür

VON MARITA ZIMMERHOF

HILDESHEIM. Die Nordumgehung bleibt der Aufreger, der Himmelsthür in unterschiedene Gegner und Befürworter spaltet: Mit einer Diskussion zur Trasse lockte der SPD-Stadtverband mehr als 200 Zuhörer in die Aula der Realschule – schließlich stand auf der Bühne auch Verkehrsminister Olaf Lies (SPD). Weil das Land die Straße, die schon seit 1963 durch die Medien geistert, im Sommer zum Bundesverkehrswegeplan für die Jahre 2015 bis 2030 angemeldet hat, war das fast vergessene Großprojekt überhaupt erst wieder ins Blickfeld gerückt.

Zur Überraschung der Bürger verläuft die Strecke dicht an den Häusern im Ahnekamp und am Knüppelbrink vorbei – und entspreche damit nicht der planfestgestellten Strecke von 1998, ärgert sich Bernd Lynack (MdL, SPD). Als die Planungen begannen, gab es die Siedlung Ahnekamp allerdings noch nicht – und auch nicht das heute streng geschützte Floren- und Faunenhabitat nördlich davon. Der Kalktrockenrasen war früher Trainingsgelände der Bundeswehr, blieb dadurch bis auf gelegentliche Panzerfahrlübungen unberührt und gesperrt.

Während sich die Himmelsthürer seit Monaten über die vermeintliche Detailplanung der Umgehungsstraße streiten, erklärte Lies nun klipp und klar, dass die Markierung im Plan nicht mehr als eine bloße „Hilfslinie“ sei. „Dies ist nicht die Linie, die gebaut wird. Aber eine Linie durch das FFH hätte ich dem Bund nicht schicken können.“ Die Regierung habe von ihrem Vorgänger 228 Projekte für den „vordringlichen Bedarf“ übernommen. Weil es in der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen sei, alle Projekte poli-

tisch zu bewerten, sei die gesamte Liste angemeldet worden. Wohl wissend, dass längst nicht alle Pläne grünes Licht bekommen. Dass Straßenverläufe nur grob skizziert werden, sei üblich, denn niemand gebe Geld für eine Detailplanung aus, die später nicht umgesetzt wird. Die grobe Kontur reicht dem Bund offenbar, um eine Kosten-Nutzen-Analyse zu erstellen – die dann Entscheidungsgrundlage ist, ob ein Projekt überhaupt als vordringlich eingestuft wird. Aber selbst wenn, kann es noch Jahre und Jahrzehnte dauern, bis die Bagger rollen.

Lies machte aber auch deutlich, dass das Land keiner Kommune eine Straße aufdränge, die sie nicht wolle. Die Anmeldung für den Bundesverkehrswegeplan sei vielmehr die Chance, überhaupt etwas verändern zu können. Denn dass die Verkehrsführung so, wie sie jetzt ist, nicht bleiben kann, darüber herrschte im



Nur ein Strich auf der Landkarte. Olaf Lies, hinter ihm Ingo Meyer.

Foto: Heidrich

Saal Einvernehmen. Der Linnenkamp findet schon lange keinen Schlaf mehr, und auch die Anlieger im Tannenweg, die zwischen ICE-Trasse und B1 eingeklemmt sind, haben den Dauerlärm satt. „Wir sprechen über verschiedene Zeiträume: Bei der Nordumgehung reden wir vielleicht von 2025, 2030“, sagte Oberbürgermeister Ingo Meyer. Für die B1 aber müsse schnell eine Lösung ge-

funden werden. Anlieger fordern Lärmschutzwände, ein Tempolimit. Wenn eine Geschwindigkeitsbegrenzung nicht mindestens drei Dezibel Lärm weniger bringt, werde sie jedoch nicht erlaubt.

Martin Eggers (CDU) warb für einen durchgängigen Ausbau der B1 auf vier Spuren und für eine Umleitung des B1-Verkehrs über die Münchwiese, obwohl die Alternativstrecke Lademühle vom Rat bereits beim Verkehrsentwicklungsplan abgeschmettert worden ist. Ortsbürgermeister Alfons Bruns (CDU) machte sich wie Eggers für eine Abstufung des Linnenkamps von einer Kreisstraße zur Gemeindestraße stark, um dort den Verkehr auszubremsen. Derzeit ist das rechtlich nicht möglich. Große Einigkeit gab es in dem Wunsch, den dritten Autobahnanschluss zügig zu bauen.

Den Streit um die Nordtrasse aber können all diese Pläne nicht schlichten. Denn zwischen Siedlung im Süden und Naturschutzgebiet im Norden gibt es eben kaum noch Platz. Der zweite Ortsbürgermeister Edgar Hennemann (SPD) warnte vor einer Verlagerung des Lärmproblems von einem Wohngebiet in ein anderes. Er möchte „ein, zwei“ der 245 Hektar des Schutzgebiets für die Trasse opfern. Lies würde den Eingriff an anderer Stelle sogar gern „dreifach kompensieren“, findet die Priorität des Natur- und Umweltschutzes ebenfalls „nicht befriedigend“. Gerichte aber gäben momentan meistens dem Naturschutz recht. Lies: „Nach derzeitigem Recht ist es ausgeschlossen, weiter nördlich zu gehen.“

Natur ist keine Manövriermasse

KOMMENTAR

VON
MARITA ZIMMERHOF



Alle sind sich einig: Diebstahl ist verboten. Dem Ladendieb nützt es wenig, wenn er sich damit herausreden will, dass es im Kaufhaus doch so viel davon gegeben habe. Beim Naturschutz aber meinen manche immer noch, Schutzgebiete seien beliebig verfügbar, wenn es gerade in den

Kram passt. Jeden Tag vernichten wir ohnehin unwiederbringlich riesige Flächen, die nicht ausdrücklich geschützt sind.

Wenn nun auch noch die wenigen Hektar Habitatfläche neben der Nordumgehung zum Spielball werden, ist das nichts anderes als Diebstahl an Naturschätzen, die für kommende Generationen zu bewahren unsere Pflicht ist. Nicht nur Tiger in Asien sind bedroht, sondern auch das sensible, komplex verbundene Ökosystem Trockenrasen bei uns.



Die Redaktion hat die Entwicklung der letzten 30 Jahre im Internet auf www.hildesheimer-allgemeine.de/umgehung zusammengefasst.